



SYMPOSIUM

Burundi in East Africa: Opportunities and Challenges

Freiburg, 18. und 19. November 2024

Prof. Dr. Denis Banshimiyubusa, Prof. Dr. Daniella Niteka (Universität de Burundi),
Dr. Anika Becher (Africa Centre for Transregional Research, Universität Freiburg)

Vom 18. bis 19. November 2024 fand in Freiburg, Deutschland, ein wissenschaftliches Symposium "Burundi in Ostafrika: Chancen und Herausforderungen" statt. Das Burundi-Symposium brachte mehr als 40 Teilnehmende aus Deutschland, Burundi, Ostafrika und Europa zusammen.

Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Partnerschaft Baden-Württemberg - Burundi

Das Symposium wurde vom Hochschulnetzwerk für Globale Partnerschaften Baden-Württemberg (GloPart), dem Africa Centre for Transregional Research (ACT) der Universität Freiburg und dem Arnold-Bergstraesser-Institut (ABI) organisiert und fand im Rahmen der Feierlichkeiten zum 40-jährigen Bestehen der Partnerschaft zwischen Baden-Württemberg und Burundi statt.

Am Rande des Symposiums fand am Abend des 18. November 2024 eine öffentliche Podiumsdiskussion des GloPart statt: "Globale Partnerschaften - Herausforderungen und Perspektiven für Universitäten und Zivilgesellschaft. 40 Jahre Partnerschaft zwischen Baden-Württemberg und Burundi". Sie wurde durch die Ansprachen Ihrer Exzellenz Annonciata Sendazirasa, Botschafterin der Republik Burundi in Deutschland (Videobotschaft), der Landtagsabgeordneten Nadyne Saint-Cast, und Staatssekretär Rudi Hoogvliet politisch hochrangig flankiert. Sowohl bei den Begrüßungsansprachen als auch beim Austausch und den Debatten am runden Tisch hoben alle Redner*innen hervor, wie die Partnerschaft zwischen Baden-Württemberg und Burundi in den verschiedenen Bereichen gestärkt und weiter ausgebaut werden kann ([für mehr Informationen klicken Sie hier](#)).



Ziel des Symposiums

Ziel des Symposiums war es, Burundi in den größeren Rahmen Ostafrikas einzuordnen und damit die Partnerschaft historisch und regional zu kontextualisieren. Zugleich lag der Fokus auf dem Austausch und der Vernetzung mit und zwischen burundischen und tansanischen Forschenden. Das Symposium richtete sich sowohl an Forschende aus Ostafrika und Europa wie auch an Menschen und Einrichtungen, die im Rahmen der Partnerschaft zwischen Burundi und Baden-Württemberg aktiv sind.

Thematischer Fokus

Das Symposium war in fünf aufeinander aufbauende Panels gegliedert.

Panel 1: Der deutsche Kolonialismus in Ostafrika und Kolonialerinnerung: Rückblick und Zukunftsaussichten

Panel 2: Perspektiven der Repatriierung und Restitution aus Deutschland an die ehemaligen deutschen Kolonien in Ostafrika

Panel 3: Aktuelle politische Entwicklungen in Burundi

Panel 4: Frieden, Konflikte und Geflüchtete - Burundi und seine Nachbarn

Panel 5: Burundi, Deutschland und die Beziehungen der Ostafrikanischen Gemeinschaft

Die Veranstaltung fand in englischer und französischer Sprache statt, neben den Präsenzteilnehmenden waren auch online weitere Personen aus Burundi, Tansania und Europa zugeschaltet.

Panel 1: Der Deutsche Kolonialismus in Ostafrika und Kolonialerinnerung: Rückblick und Zukunftsaussichten

Im damaligen Deutsch-Ostafrika wurde Burundi mit einer Art Sonderstatus verwaltet, ebenso wie Ruanda. Burundi war aus Sicht des deutschen Kaiserreichs ein marginaler Besitz, obwohl die Besessenheit, die Quellen des Nils zu kontrollieren, ein besonderes Interesse an Burundi erzeugte. Die deutschen Bemühungen um die Eroberung, Kontrolle und Ausbeutung der Kolonie konzentrierten sich zunächst auf die Küste und dann auf das, was im Hinterland des heutigen Tansania als besonders wertvoll galt.

Während der Vorträge und Diskussionen dieses ersten Panels wurde deutlich, dass diese "Marginalität" bis heute in der Forschung zum Ausdruck kommt: Sowohl auf burundischer als auch auf deutscher Seite gibt es immer noch große "blinde Flecken" in der Erforschung der deutschen Kolonialzeit in Burundi. In der jüngsten Vergangenheit gibt es vermehrt Bemühungen um eine Aufarbeitung (siehe z.B. Baumann, Niyonkuru, Birantamije, Bendel, Maruhukiro 2024[1]); dennoch steht die Forschung eher am Anfang. Dabei ist eine vergleichende Perspektive sehr gewinnbringend; besonders spannend erscheint der Vergleich zwischen Burundi und Tansania, die während und auch nach der deutschen Kolonialzeit verschiedene Wege genommen haben. Exemplarisch wurde dies im Symposium anhand von historischen Verflechtungen gezeigt, die das Erkenntnispotential einer solchen Herangehensweise verdeutlichen.



Im Panel wurden auch einige zentrale Merkmale der deutschen Kolonialherrschaft dargestellt, darunter das Experimentieren mit dem englischen Modell der „indirect rule“, widersprüchliche Herangehensweisen in der Verwaltung Burundis seitens der deutschen Kolonialmacht, die Einführung von Geld und zentralen Märkten in Usumbura und Gitega, das Aufkommen von Eisenbahn und Dampfschiffen sowie die Einführung erster westlich geprägter Schulen und der Missionierung durch die christlichen Kirchen. Zusätzlich zur Gewalt der deutschen Kolonialherren litt die burundische Bevölkerung in dieser Zeit auch unter Hungersnöten, die durch die koloniale Eroberung und durch Heuschreckenplagen verursacht wurden, sowie unter der Ausbreitung der Schlafkrankheit.

Auch wenn die deutsche Besatzung in Burundi nur etwa 20 Jahre dauerte (1896-1916), sind ihre Hinterlassenschaften im Gedächtnis und im sozialen, politischen und sogar wirtschaftlichen Leben der Burundier*innen verankert geblieben. Neben der vielfach diskutierten Rolle für die Politisierung und Festschreibung von als „ethnisch“ bezeichneten Identitäten zeigt sie sich u.a. auch in Begriffen (z.B. amahera, vom deutschen „Heller“), Gebäuden, und einzelnen Erinnerungsorten.

Auch auf übergreifender Ebene wurde die Wirkmächtigkeit des Kolonialismus diskutiert, die sich u.a. in ihren Auswirkungen auf die heutigen Vorstellungen von „Grenzen“ zeigt, in der westlich geprägten Vorstellung von „Wissen“ und welche Formen von „Wissen“ akzeptiert sind sowie in fortbestehendem Eurozentrismus in unserem Denken und unserer Forschung.

[1] Baumann, Niyonkuru, Birantamije, Bendel, Maruhukiro 2024 (Eds./Hg.): Burundi et son passé colonial. Mémoire, enjeu et solde en débat / Burundi und seine koloniale Vergangenheit. Erinnerung, Problematik und Bilanz in der Debatte; <https://lit-verlag.de/isbn/978-3-643-15305-0/>

Nachdem Burundi seine Unabhängigkeit von Belgien erlangt hatte, strukturierten auch Deutschland und Burundi ihre bilateralen Beziehungen neu, die sich zu einer vielfältigen Zusammenarbeit in mehreren Bereichen, darunter auch zwischen Universitäten, entwickelt haben. Heute wäre es in Bezug auf die deutsch-burundischen Beziehungen nicht falsch, von einer "eher gegenwärtigen Vergangenheit" zu sprechen (Zitat Alexandre Hatungimana). In den Diskussionen blieb daher die Frage präsent, was die Kolonialgeschichte für die Partnerschaft zwischen Baden-Württemberg und Burundi bedeutet und welche Schritte nötig und angemessen sind, um die Aufarbeitung der Geschichte zu befördern und zugleich eine Partnerschaft zu gestalten, die postkoloniale Strukturen und Ungleichheiten nicht fortführt.



Panel 2: Perspektiven der Repatriierung und Restitution aus Deutschland an die ehemaligen deutschen Kolonien in Ostafrika

Wer die Partnerschaft zwischen Burundi und Baden-Württemberg in breitere Kategorien einbetten möchte, muss die jüngsten Neuorientierungen in den bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Tansania auch für Burundi berücksichtigen. Dies gilt nicht zuletzt im Hinblick auf die bilateral aufgebaute Erinnerungskultur, die in den letzten Jahren besondere Aufmerksamkeit erfahren hat. Dieses Themenfeld stand im Fokus von Panel 2. Zwischen deutschen und tansanischen Akteur*innen gab es sehr konkrete Debatten und Verhandlungen über die Rückgabe von Kunstgegenständen aus deutschen Museen, über die Rückführung von „menschlichen Überresten“/Vorfahren, die sich zum Teil in universitären „Sammlungen“ befinden, und - in Ansätzen - auch über Reparationen. Auf tansanischer Seite gibt es sowohl Bestrebungen der Regierung, einen Rahmen für Restitutionsen zu schaffen, als auch eine aktive Zivilgesellschaft und wissenschaftliche Expertise zu diesen Themen. Zahlreiche Projekte der Provenienzforschung wurden kooperativ zwischen deutschen und tansanischen Akteur*innen durchgeführt. Obgleich noch keine Restitutionsen umgesetzt wurden, ermöglicht diese beginnende Öffnung der deutschen Institutionen neue Formen der Zusammenarbeit mit Herkunftsgemeinschaften. Aus Sicht von Teilnehmenden wurde betont: Wenn deren Wissen und Erfahrungen berücksichtigt wird und Zusammenarbeit partnerschaftlich erfolgt, können Provenienzforschung, Restitution und Repatriierung zu besseren Beziehungen zwischen Herkunftsländern und Einrichtungen, die aktuell Kulturgüter und sterblich Überreste von Vorfahren lagern, führen.

Ein vergleichbarer Austausch kann für Burundi bislang nicht beobachtet werden. Die Restitution und Repatriierung des kulturellen Erbes ist bislang keine Priorität der bilateralen Zusammenarbeit; es sind auch bislang keine Versuche der burundischen Regierung bekannt, eine entsprechende Gesetzgebung zu schaffen. Auch sind burundische Museen unterfinanziert. Bislang gab es weder Restitutionsen nach Burundi noch direkten Kontakt zwischen Burundi und deutschen Museen. Die wissenschaftliche Expertise in Burundi zu diesen Themen ist ebenfalls noch nicht mit der im Nachbarland zu vergleichen.

Zwar befindet sich eine beträchtliche Zahl an Kulturgütern aus Burundi in deutschen Sammlungen (also in Museen, Privatsammlungen, universitären Sammlungen und Archiven), die Anzahl ist jedoch deutlich geringer als die tansanischer Kulturgüter. Die Provenienzforschung zu diesen Sammlungen steht noch am Anfang. Es ist bislang nicht bekannt, ob sich sterbliche Überreste von Vorfahren aus Burundi in deutschen Sammlungen befinden – die häufige Klassifikation „aus Ostafrika“ lässt dies weder belegen noch ausschließen.



Im Symposium wurde hervorgehoben, dass das materielle kulturelle Erbe Burundis – im Vergleich zu verschiedenen Nachbarländern – eher auf Alltagsgegenstände begrenzt und weniger reichhaltig ist; dagegen verfügt Burundi jedoch über ein sehr reichhaltiges immaterielles Erbe (z.B. Musik-, Tanz- und literarische Traditionen, Tonaufnahmen, Transkripte mündlicher Überlieferungen, Photos und Filme), das in Diskussionen oft zu wenig Beachtung findet. Dies verweist auf die zentrale Rolle von Archiven; aktuell befinden sich weite Teile des immateriellen Erbes Burundis in Archiven außerhalb Burundis.[2]

Insgesamt wurde festgehalten, dass der vergleichende Blick auch in diesem Themenfeld sehr wertvoll ist. Er zeigt unter anderem: Restitutionen und Diskussionen um Restitution erfolgen nicht in einem politischen Vakuum und haben auch das Potential, politische Konflikte zwischen verschiedenen Akteur*innen zu schaffen (z.B. zwischen Regierung und Zivilgesellschaft, in anderen Fällen gibt es konkurrierende Legitimitätsansprüche). Einigkeit bestand darin, wie wichtig es sei, nicht einfach den Fokus auf eine „Rückgabe“ zu legen, sondern den Prozess im Auge zu behalten und lokale Diskussionen, Anliegen von sog. Herkunftsgemeinschaften und lokale Forderungen ins Zentrum zu stellen.

Panel 3: Aktuelle politische Entwicklungen in Burundi

Burundis heikle Erfahrung mit der Mehrparteienpolitik, die in den 1990er Jahren in einen langwierigen und brutalen Bürgerkrieg ausartete, schuf die Grundlage für einen Neuanfang auf der Grundlage von „konkordanzdemokratischen“ Strukturen in seiner Verfassung (einer Formel zur Machtteilung) - ganz anders als in anderen ostafrikanischen Staaten. Dies jedoch schloss autoritäre Praktiken zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht aus. Der Grad der Demokratie oder der Unterdrückung beeinflusst dabei eine Partnerschaft wie die zwischen Burundi und Baden-Württemberg stark; dies gilt nicht zuletzt für die akademische Zusammenarbeit, wo die Meinungsfreiheit von größter Bedeutung ist.



[2] Auf seiner Klausurtagung am 31. Juli 2020 forderte der Senat von Burundi ausdrücklich, dass die burundischen Archive in Deutschland identifiziert und repatriiert werden.

Panel 3 richtete daher den Blick auf jüngere innenpolitische Entwicklungen in Burundi. Es wurde deutlich, dass autoritäre Tendenzen auch nach der Wahl von Präsident Ndayishimiye im Jahr 2020 fortbestehen. Vortragende beschrieben eine weitgehende Repression der Opposition, systematische Beschränkungen der politischen und bürgerlichen Freiheiten sowie massive Beschränkungen der Medien. Zahlreiche Quellen dokumentierten Einschüchterungen, rechtswidrige Inhaftierungen, Folter und willkürliche Tötungen. Diese Entwicklungen drücken sich auch in verschiedenen Indikatoren zur Erfassung des Regierungssystems und politischer sowie bürgerlicher Freiheiten aus (z.B. Freedom House und Bertelsmann Transformationsindex).

Aufgrund der repressiven Praktiken der Regierung und dem hegemonialen Anspruch der Regierungspartei CNDD-FDD sowie einer schwachen, zerstrittenen und unterfinanzierten Opposition wurde Burundi als ein de facto Einparteiensystem beschrieben. Das bedeutet, dass es sich um ein unausgewogenes und ungleiches Mehrparteiensystem handelt, was die tatsächliche Wahrnehmung der Rechte, die Behandlung der Mitglieder der verschiedenen Parteien sowie die Ausstattung mit finanziellen Mitteln angeht. Die CNDD-FDD präsentiert sich demzufolge heute in all ihren Merkmalen und Formen als eine Staats-Partei.

Die Wahlen in Burundi seien nicht frei und fair, sondern zeichneten sich durch mangelnde Unabhängigkeit der Wahlkommission, Unterdrückung der Opposition, fehlende Pressefreiheit, politisch gefärbte Wahlgesetze und massiven Wahlbetrug aus, so Teilnehmende des Symposiums. Das Fehlen einer demokratischen politischen Kultur wurde als massives Hindernis für die weitere Demokratisierung Burundis angesehen. Laut Forschenden des Symposiums leidet die politische Klasse Burundis, sowohl die Mehrheit als auch die Opposition, unter dem Fehlen einer demokratischen politischen Sozialisation. Geleitet von einer autoritären Kultur, die sie aus dem Maquis geerbt haben, scheinen die Führer des CNDD-FDD, die seit 2005 an der Macht sind, die Berechtigung der Existenz der Opposition nicht verstehen zu können und tun alles, um sie zu misshandeln, zu verfolgen oder zu unterdrücken. Die Oppositionsführer ihrerseits beherrschen ihre Rolle nicht und verlieren sich in internen und unfruchtbaren Streitigkeiten, die es ihnen nicht ermöglichen, dem burundischen Volk alternative Lösungen für die verschiedenen Probleme, die es plagen, anzubieten oder vorzuschlagen.

Der Versuch seitens der internationalen Gemeinschaft, durch die Lockerung der 2015 verhängten internationalen Sanktionen positiv auf die Regierung Ndayishimiyes einzuwirken, scheint somit weitgehend gescheitert.

Im Symposium wurde zudem der Blick auf Fragen der politischen Repräsentation gelenkt. Der Vertrag von Arusha (vom August 2000) und die darauf basierende Verfassung von 2005 enthielt ein System ethnischer Quoten, welches in der Verfassung von 2018 in veränderter Form weitergeführt wurde. Im Symposium wurden Stärken und Schwächen dieses Systems diskutiert, ebenso Fragen der politischen Repräsentation der Twa und anderer, nicht im Quotensystem anerkannter Gruppen, der sozialen Inklusion von Menschen, die sich nicht klar mit einer Gruppe identifizieren sowie auch die Frage der Bedeutung von Identitäten generell – wie „ethnische“ Identität zu definieren sei, ob die Kategorien „Hutu“ und „Tutsi“ im heutigen Burundi weiter von Relevanz sind und falls ja: warum und für wen.



Panel 4: Frieden, Konflikte und Geflüchtete - Burundi und seine Nachbarn

Burundi erlebte in den vergangenen Jahrzehnten zahlreiche gewaltsame Konflikte, die grenzüberschreitende Auswirkungen hatten und noch haben. Das Land importierte und exportierte sowohl Eskalationsmuster als auch Vertriebene, und dies gilt auch für friedensschaffende Maßnahmen. Eine wichtige Annahme ist also, dass man Burundis Weg zu relativer Friedfertigkeit und das Auf und Ab der zivilen und politischen Freiheit nicht verstehen wird, wenn sie nicht mit anderen Erfahrungen in der Nachbarschaft verglichen und mit den unmittelbaren Akteur*innen in Beziehung gesetzt werden. Offensichtlich haben sich die burundischen Akteur*innen mit einer Formel der Friedenskonsolidierung arrangiert, die sich als Extremfall der einvernehmlichen Machtteilung darstellt, - das Gegenteil dessen, was in Ruanda zur Anwendung kam.

Im Rahmen von Panel 4 wurde daher nach dem aktuellen Gewaltgeschehen in Burundi, Risiko- und Resilienzfaktoren, Ursachen der gewaltsamen Konflikte und der Rolle von Geflüchteten in der Region gefragt. Obgleich die „konkordanzdemokratische“ Struktur des politischen Systems zu einer starken Abnahme der Politisierung ethnischer Identitäten geführt hat, keine Massaker entlang ethnischer Trennlinien mehr stattfanden und ein Wiederaufflammen eines Bürgerkriegs vermieden werden konnte, herrschte im Symposium Einigkeit, dass der dauerhafte Frieden in Burundi durch mehrere politische, wirtschaftliche, soziale und sicherheitsrelevante Faktoren gefährdet wird. Zum einen erlebt das Land weiterhin viel Gewalt – von gewaltsamen Auseinandersetzungen in Grenzregionen bis hin zu staatlicher Gewalt und Repression. Die Präsenz von bewaffneten Gruppen in Kombination mit den porösen Grenzen bleibt eine Bedrohung für Frieden und Sicherheit. Darüber hinaus schneidet Burundi bei Studien, die nicht nur den sog. "negativen Frieden" abbilden (verstanden als Abwesenheit von Krieg oder direkter physischer Gewalt), sondern auf breiteren Friedenskonzepten beruhen (Abwesenheit von physischer Gewalt, aber anhaltende strukturelle Gewalt) sehr schlecht ab.



Die auf dem Symposium vorgestellten Studien zeigten auch, in welchem Ausmaß Burundier*innen bereits Gewalterfahrungen gemacht haben - häufig mit einer identitären Komponente - und betonten das hohe Maß an individueller und generationsübergreifender Traumatisierung, das in der Bevölkerung vorherrscht. Die Herausforderungen durch Traumata, die aus der fernen oder jüngeren Vergangenheit stammen, bringen nach wie vor große Probleme mit sich, die angemessene und vielschichtige Antworten erfordert. Auch die Existenz einer institutionellen Infrastruktur, der Wahrheits- und Versöhnungskommission (Commission Vérité et Réconciliation), offenbart, dass es immer noch ein großes Reservoir an Leidenschaften und Emotionen gibt, an Gruppen und Einzelpersonen, die durch Traumata aus der Vergangenheit geschwächt sind und deren Erzählungen über die Wahrheit dazu neigen, sich gegenseitig auszuschließen, wobei sie besondere Aufmerksamkeit für das Leid beanspruchen, das die Mitglieder ihrer ethnischen Gruppe betroffen hat. Diese Anfälligkeiten machen deutlich, wie relevant es ist, den psychologischen Bereich einzubeziehen, um bestehende Bemühungen zu unterstützen, aber auch um sicherzustellen, dass diese inklusiv und partizipativ sind. Nachhaltiger Frieden erfordert die Beachtung dieser psychosozialen Aspekte, selbst wenn alle strukturellen und formalen Blöcke der Friedenskonsolidierung vorhanden sind.

Der Austausch im Symposium machte deutlich, dass es in Burundi zahlreiche Resilienzfaktoren in lokalen Gemeinschaften gibt, wie z. B. vorhandene Kompetenzen, Netzwerke und informelle Strukturen zur Konfliktbewältigung auf lokaler Ebene. Ihre Wirkung ist jedoch begrenzt, wenn die strukturellen Risikofaktoren fortbestehen.

Schließlich wurde erneut die regionale Dimension von Gewaltkonflikten hervorgehoben, insbesondere der historische und anhaltende Einfluss der Kolonialherrschaft, die politischen Verflechtungen zwischen den Ländern der Region, die anhaltenden - oftmals wechselseitigen - Fluchtbewegungen, der Einfluss dieser Geflüchteten auf die Konflikt dynamiken in der Region sowie länderübergreifende Opfer-Täter-Narrative, die die Konflikt ereignisse beeinflusst haben. Beispielsweise haben sich seit der Wahlkrise 2015 in Burundi und der anschließenden Bevölkerungsbewegungen mit Wellen von Burundier*innen, die nach Ruanda flüchteten, die Spannungen zwischen den beiden Ländern verschärft, wobei beide Seiten beschuldigt wurden, Gruppen zu unterstützen, die ihren gegenseitigen Regierungen feindlich gesinnt sind.

Panel 5: Burundi, Deutschland und die Ostafrikanische Gemeinschaft



Ziel des Symposiums war es auch, ein besseres Verständnis der regionalen Integration und ihrer wirtschaftlichen Komponente zu erlangen. Als Binnenstaat ist Burundi von seinen ostafrikanischen Nachbarn abhängig, über die fast alle Importe und Exporte des Landes abgewickelt werden, wobei 80% der burundischen Exporte über den Hafen von Dar es Salaam abgewickelt werden. Die regionale Integration innerhalb der Ostafrikanischen Gemeinschaft (East African Community, EAC) - der Burundi seit 2007 angehört - ist daher von besonderem Interesse. Die EAC organisiert sich derzeit neu und wird sich möglicherweise noch stärker auf den Indischen Ozean als Handelsraum konzentrieren, so dass solche Entwicklungen direkte Auswirkungen auf das Land haben.

Im Symposium wurden verschiedene Blickwinkel auf die Ostafrikanische Gemeinschaft eingenommen. Dazu gehörte die "Außenperspektive", die die Interessen und den Einfluss externer Akteure in den Blick nimmt. Die Europäische Union (EU) als zentraler Akteur hat im Laufe der Jahrzehnte verschiedene Ansätze gegenüber Prozessen der regionalen Integration in Afrika verfolgt und steht heute vor der Herausforderung, wie sie in einem stärker multipolaren Umfeld als Partner gegenüber der EAC agieren will und kann. Insbesondere die Rolle Chinas, aber auch die Indiens und der arabischen Länder, wirft neue Fragen auf. Welche Rolle kann (oder sollte) westliche politische Konditionalität noch spielen? Wird die EU Initiativen wie das "Global Gateway" weiter intensivieren und ausbauen oder wird sie sich mittelfristig aus der Unterstützung regionaler Gemeinschaften wie der EAC zurückziehen?

Aber auch der "Innenblick" auf die EAC führt zu interessanten Erkenntnissen. Die Diskussionen drehten sich um die Fragen, ob die regionale Integration Partizipation und Teilhabe und eine auf die Menschen ausgerichtete Entwicklung ermöglicht, welchen Einfluss die Erweiterung der EAC um zusätzliche Mitgliedsstaaten auf die Tiefe und Qualität der Integration hat, welche Herausforderungen sich aufgrund der zahlreichen Governance-Probleme in den EAC Mitgliedsstaaten ergeben, sowie um die politischen und diplomatischen Spannungen, die zwischen einigen EAC-Mitgliedstaaten bestehen. Für Burundi lässt sich jedoch sagen, dass die Integration in die EAC angesichts der eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten weiterhin eine Priorität darstellt. Gleichzeitig sind die konkreten Vorteile eher begrenzt. Selbst während der politischen Krise 2015 spielte die EAC kaum eine nennenswerte Rolle.



Ausblick

Der von diesem Workshop geleistete multiperspektivische Gesamtblick auf Burundi in seinen nachbarschaftlichen Beziehungen und Interdependenzen war mutmaßlich für alle Teilnehmenden ein Gewinn: Betrachtet man den ostafrikanischen Raum, heute insbesondere die Ostafrikanische Gemeinschaft und historisch die gemeinsame Geschichte innerhalb des „Schutzgebiets“ Deutsch-Ostafrika, so können Verschränkungen, aber auch Sonderentwicklungen besonders gut erkannt werden. Auch die disziplinäre Vielfalt und unterschiedliche Herkunft der Panelteilnehmer schufen ein reichhaltigeres Bild als auf akademischen Veranstaltungen gemeinhin üblich.

Für die Entscheidungsträger*innen aus Baden-Württemberg sind Einordnungen in Raum und Zeit ebenfalls wichtig, um Maßstäbe zur Bewertung der gegenwärtigen Partnerschaft mit Burundi sowie neue Perspektiven zu entwickeln. Fragen, die im Rahmen der Partnerschaft weiter von Bedeutung bleiben werden, umfassen beispielsweise die nach Spielräumen für zivilgesellschaftliche und akademische Kooperation mit Partner*innen in einem autoritär regierten Land und danach, welche Rolle eine Partnerschaft einnehmen kann angesichts des fortbestehenden Autoritarismus in Burundi, nach der Verantwortung für und dem Umgang mit der kolonialen Vergangenheit und ihren anhaltenden Auswirkungen heute sowie nach Perspektiven und Rahmenbedingungen für eine auf Gegenseitigkeit ausgerichteten Kooperation zwischen zwei wirtschaftlich sehr unterschiedlich aufgestellten Partnern. Zu dieser besseren Einordnung leistete das Symposium einen Beitrag.

Einen weitere Beitrag zur Zusammenarbeit und dem gegenseitigen Austausch könnten Studien zur Geschichte und zum Erbe der Kolonialzeit, Ausstellungen und kulturelle Veranstaltungen, Austauschprogramme für Kulturschaffende und Studierende und Universitätsangehörigen sowie gemeinsame Erinnerungsarbeit von Wissenschaftler*innen und/oder zivilgesellschaftlichen Initiativen leisten. Sie würden auch die noch in den Kinderschuhen steckende Debatte über die Rückgabe von menschlichen Überresten und Kulturgütern aus Burundi auf positive Weise stärken.

Das Symposium hat auch gezeigt: Forschung und der offene akademische Austausch sind von großem Gewinn für eine Partnerschaft, die ein vertieftes Verständnis zwischen den Partnern und für die Zusammenhänge dieser Partnerschaft anstrebt. Dies ist notwendig, um alte Muster zu durchbrechen und zu einem wahren MIT-einander zu kommen, das auf Respekt, Gleichberechtigung und ehrlichem Austausch beruht.

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.

Bildquelle: @ACT und @ABI

Kontakt: anika.becher@act.uni-freiburg.de

Mit finanzieller Unterstützung des Landtags und des Staatsministeriums Baden-Württemberg über die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg.



**Baden-Württemberg
Staatsministerium**



Für den Besuch der offiziellen Webseiten

Africa Centre for Transregional Research:

<https://www.act.uni-freiburg.de>

Arnold-Bergstraesser-Institut:

<https://www.arnold-bergstraesser.de>

Hochschulnetzwerk für Globale Partnerschaft:

<https://www.hochschulnetzwerk-glopart.de>